

---

# **Befehl Nr. 2 des Obersten Leiters der Sowjetischen Militärischen Administration in Deutschland (SMAD) über die Zulassung der Gründung und Tätigkeit von antifaschistischen Parteien und Organisationen, 10. Juni 1945**

---

## **Zusammenfassung**

Am 10. Juni 1945 – wenige Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa – ordnete die Sowjetische Militärische Administration in Deutschland (SMAD) mit dem Befehl Nr. 2 die Gründung von deutschen Parteien und Massenorganisationen an. Untersucht man die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt von Schlüsselfragen – und hier vor allem die Geschichte des von der KPD/SED dominierten politischen Parteiensystems in der SBZ/DDR –, dann dürfte sehr schnell einleuchten, weshalb der von der SMAD nur einen Tag nach ihrer Gründung verfügten Anweisung eine zentrale Bedeutung zukommt. Was die Moskauer Deutschlandpolitik anbelangt, so steht der Befehl Nr. 2 in zweierlei Hinsicht für eine Zäsur: Er markiert einerseits das Ende konkreter sowjetischer Nachkriegsplanungen; andererseits symbolisiert er das eigentliche Startzeichen für den parteipolitischen Neubeginn nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland.

## **Einführung**

Kaum jemand hätte angenommen, daß die Sowjetunion, die während des Krieges die bittersten Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland machen mußte, zu diesem frühen Zeitpunkt eine solche politische Initiative, wie sie mit dem Befehl der SMAD vorlag, ergreifen würde. Nicht zuletzt deshalb war die Verwunderung unter Moskaus westlichen Alliierten, aber auch unter den Deutschen selbst ausgesprochen groß.

Wenn die sowjetische Seite so frühzeitig die Weichen für die Errichtung eines Parteiensystems stellte, dann hatte dies sehr wohl seine Gründe. Denn bereits seit Februar 1944 arbeitete eine Kommission deutscher Exilkommunisten in Moskau in engem Einvernehmen mit der dortigen Führung der VKP (b) an konkreten politischen Konzepten für eine Zeit nach dem Sturz Hitlers. Die Frage nach dem politischen System nahm dabei eine zentrale Stellung ein.<sup>1</sup>

Daß es im Nachkriegsdeutschland zur Zulassung und Gründung von Parteien kommen würde, darüber bestand unter den Planenden weitgehend Konsens. Unklar hingegen war zunächst noch der Zeitpunkt: Dieser hing ganz wesentlich davon ab,

---

1 Grundlegende Ausführungen hierzu bei: Fischer, A., Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945, Stuttgart 1975 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 8); Erlen, P., Laude, H., Wilke, M. (Hg.), "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994; Wettig, G., Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999.

auf welche Weise das Hitler-Regime sein Ende finden würde – durch eine innerdeutsche Erhebung gegen den Diktator oder durch militärische Gewalt der alliierten Truppen. Eine weitere entscheidende Voraussetzung, die aus Sicht der Moskauer Deutschlandplaner erfüllt sein mußte, betraf die KPD selbst: Sie sollte als schlagkräftige bolschewistische Kampfpartei im neuen Deutschland eine maßgebliche Rolle spielen. Die Existenz und Funktion, die den übrigen Parteiorganisationen zugewiesen wurde, war zunächst noch davon abhängig, welche Rolle die deutschen Kommunisten bei der Beseitigung des NS-Systems spielen würden. Hätte die Partei es vermocht – wovon man im Frühsommer 1944 offenbar noch ausging –, im Zuge eines kommunistisch kontrollierten bewaffneten Aufstands das Hitler-Regime ein für alle Mal von der politischen Bühne hinwegzufegen, dann wären aus Sicht der kommunistischen Nachkriegsplaner die denkbar günstigsten Voraussetzungen für die Schaffung eines Parteiensystems in Deutschland erfüllt gewesen: Einer übermächtigen kommunistischen Arbeiterpartei, so die Überlegungen des KPD-Spitzenpolitikers Walter Ulbricht im April 1944, "die nach seinen Vorstellungen ihre Mitglieder und Anhänger möglichst weitgehend auch aus früheren Sozialdemokraten und ehemals sozialdemokratischen Wählerschichten rekrutiert" hätte, wären dann nur Organisationen für Katholiken (keine Zentrumspartei), Mittelständler, Bauern und für Gewerkschaften gegenübergestellt. Gleichzeitig war daran gedacht, die Selbständigkeit – und damit auch die Wirksamkeit – der politischen Opposition durch deren Einbindung in einen von der KPD dominierten "nationalen Block der kämpferischen Demokratie" stark zu beschränken.<sup>2</sup>

Doch bekanntlich kam alles anders. Kaum ein halbes Jahr später wurden die optimistischen Überlegungen, die die deutschen Exilkommunisten noch im Frühjahr 1944 angestellt hatten, von der politischen Realität eingeholt: Immer deutlicher zeichnete sich ab, daß Adolf Hitler und seine Bundesgenossen nur auf militärischen Wege zu Fall gebracht werden konnten. In Moskau mußte man sich daher auf einen politischen Neubeginn für Deutschland unter den Bedingungen einer alliierten Besetzung – und damit der Aufteilung des Landes in verschiedene Besatzungszonen – einstellen. Dies wiederum bedeutete, daß die Möglichkeiten für die politische Betätigung zunächst einmal nur sehr eingeschränkt sein würden. An baldige Wahlen, an ein Parlament oder gar die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung war vor diesem Hintergrund kaum zu denken. Angesichts solcher Umstände erwarteten die in der sowjetischen Hauptstadt sitzenden KPD-Kader gleichzeitig auch eine veränderte Parteienkonstellation. Daß es zur Gründung von politischen Organisationen kommen würde, schien ihrer Auffassung nach unbestritten. Doch stellten sie sich nunmehr verstärkt auf die Wiederherstellung der alten deutschen Parteienlandschaft ein, vor allem der SPD als größtem politischen Rivalen, der Deutschnationalen, Demokraten sowie des Zentrums. Um allerdings – ungeachtet dieser veränderten gesamtpolitischen Voraussetzungen – weiterhin die Führungsrolle der KPD im Parteiengefüge gewährleisten zu können, war es um so notwendiger, an dem im Frühjahr 1944 geborenen Gedanken der Blockparteien festzuhalten.

Als am 10. Juni 1945 dann die sowjetische Besatzungsmacht mit dem Befehl Nr. 2 an die Öffentlichkeit trat, leitete sie Maßnahmen ein, die ganz den damals

---

2 Fischer, A., "Der Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU", in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bde, Baden-Baden 1995, Band II, 1, S. 31.

vorherrschenden politischen Rahmenbedingungen entsprachen. Wenn dieser Schritt völlig unerwartet für Deutsche und westliche Bündnispartner kam, dann war dies von der sowjetischen Seite klar einkalkuliert. Denn nicht zuletzt unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten wollte man vor allem gegenüber den Westalliierten in dieser Frage einen deutlichen Vorsprung erreichen: Der schnelle Aufbau des Parteiensystems sollte sich möglichst nach den Maßgaben sowjetischer Vorstellungen vollziehen, und zwar in Berlin mit der jeweiligen Zentrale der als Reichsparteien konzipierten politischen Organisationen. Gerade davon erhoffte sich die sowjetische Besatzungsmacht eine politische Ausstrahlungskraft, die weit über die jeweiligen Zonengrenzen hinaus, sprich gesamtdeutsch, wirken würde. Und dies um so mehr, als in der alten Reichshauptstadt bereits die politischen Schlüsselpositionen im dortigen Verwaltungsapparat in den festen Händen der aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten deutschen Kommunisten war.

Was nun die inhaltliche Seite des Befehls Nr. 2 anbelangt, so muß in diesem Zusammenhang auf ein grundsätzliches Problem aufmerksam gemacht werden, das in der Folgezeit die politische Arbeit der in der sowjetischen Besatzungszone aktiven Parteien prägen sollte: Gemeint ist die semantische Ebene des Dokuments. Auf den ersten Blick besticht der SMAD-Befehl durch Formulierungen wie "antifaschistische Parteien", "bürgerliche Freiheiten" oder etwa "demokratische Grundlagen". Doch gilt es diese Begrifflichkeiten im Sinne der damals gültigen sowjetischen Terminologie und Konnotation zu interpretieren. Und diese deckten sich keineswegs mit westlichen Demokratievorstellungen. Zu einer Wiederbelebung etwa des Weimarer politischen Modells durfte es für die sowjetische Seite, aber auch für die Repräsentanten des Moskauer Exil-Flügels der KPD ohnehin nicht mehr kommen. Soviel stand für sie bereits seit 1944 fest.<sup>3</sup> Diese Grundeinstellung und schließlich die Tatsache, daß die politischen Organisationen streng auf den im Befehl vorgegebenen "Antifaschismus" festgelegt waren – der freilich immer wieder im Sinne der Besatzungsmacht einseitig interpretiert und im Zuge der Gleichschaltung gegen den politischen Gegner instrumentalisiert wurde – sollten fortan den unter Kontrolle der SMAD stehenden Aufbau und den im Rahmen der Blockpolitik eingebundenen Alltag des politischen Parteiensystems der SBZ nachhaltig prägen. Und dieser gestaltete sich so, daß sich – nach Ausschaltung der SPD durch die Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten im April 1946 – die Politik von Militärischer Administration und Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands (SED) allein darauf konzentrierte, den Einfluß der bürgerlichen CDU und LDPD systematisch zurückzudrängen. Um das Ganze noch zu beschleunigen, wurden im Jahre 1948 auf Initiative von SMAD und SED mit der Demokratischen Bauernpartei (DBD) sowie der Nationaldemokratischen Partei (NDPD) eigens politische Organisationen gegründet, die – kommunistisch unterwandert und gesteuert – darauf abzielten, die Bürgerlichen weiter zu schwächen und ihnen das erforderliche Wählerpotential zu entziehen. Begleitet von Terror sowie politischer Verfolgung insbesondere von Politikern bürgerlicher Couleur wurde schließlich das politische Gemeinwesen der SBZ / DDR auf ein von Kommunisten dominiertes, pseudodemokratisches Mehrparteiensystem reduziert, dessen Ausgangspunkt – wie deutlich geworden sein dürfte – im wesentlichen der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 darstellte.

Stefan Kreuzberger

---

3 Wettig, G., "Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg", in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1995, S. 159-160.

## Quellen- und Literaturhinweise

- Bode, B., Liberaldemokraten und "deutsche Frage". Zum politischen Wandel einer Partei in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961, Frankfurt am Main 1997.
- Bonwetsch, B., Bordjugov, G., Naimark, N. (Hg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Tjul'panov, Bonn 1997 (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20).
- Bouvier, B., Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996 (= Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 45).
- Creuzberger, St., Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln u.a. 1996 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3).
- Creuzberger, St., Görtemaker, M. (Hg.), Sowjetisierung und Volksdemokratie. Die Gleichschaltung der Parteien in Osteuropa 1944–1948/49 (im Druck).
- Erlor, P., Laude, H., Wilke, M. (Hg.), "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.
- Fischer, A., Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 8).
- Foitzik, J., Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, München 1999 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44).
- Fröhlich, J. (Hg.), "Bürgerliche" Parteien in der SBZ / DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1953.
- Herbst, A. (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.
- Keiderling, G. (Hg.), "Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993 (= Politische Dokumente, Bd. 13).
- Lemke, M. (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR, Köln u.a. 1999 (= Zeithistorische Studien, Bd. 13).
- Malycha, A. (Hg.), Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995 (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16).
- Naimark, N. N., Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.
- Richter, M., "Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945–1950", in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bde, Baden-Baden 1995, Bd. II, 4, S. 2509-2511.
- Richter, M., Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, 2. Aufl., Düsseldorf 1991 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19).
- Richter, M., Reißmann, M. (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Köln u.a. 1995 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2).
- Sommer, U., Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996 (= agenda Geschichte, Bd. 10).

Suckut, S. (Hg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR).

Weber, H. (Hg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR).

Wentker, H., "Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46)", in: Mehringer, H. u.a. (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 189–214.

Wettig, G., Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999.

Wilde, M., Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg, München 1998.

Wilke, M. (Hg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD / SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998 (= Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

## **Befehl des Obersten Leiters der Sowjetischen Militärischen Administration in Deutschland Nr. 2**

10. Juni 1945 Berlin

Am 2. Mai d.J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die eben genannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland eine feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland die Gründung und Tätigkeit aller antifaschistische Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern. 2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrnehmung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisierung von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren. 3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Parteiprogramme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen. 4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der

Durchführung des Besetzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Übereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird. 5. In Übereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw., die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Leiter der Sowjetischen Militärischen Administration in Deutschland

Marschall der Sowjetunion G. Žukov

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration

Generaloberst V. Kurasov

[...]

Übersetzung von St. Creuzberger.

### **Faksimile**

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: GARF; f. R-7317, op. 1, d. 8, l. 2-3. Kopie.

© Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (GARF). Moskau.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0030\\_sma.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0030_sma.pdf)

Datum: 17. September 2011 um 18:18:37 Uhr CEST.

© BSB München

---